

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1870**

30.4.1870 (No. 100)



# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 100

Preis 1 R. 18 kr.; durch die Post be-  
tragen 1 R. 38 kr. vierteljährlich.

Samstag, 30. April

Einwerthegebühren:  
die gebaltene Zeitzeile ober deren  
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Bestellungen auf den „Bad. Beobachter“ für die Monate Mai und Juni werden bei allen Post-Anstalten und Landpost-Boten, sowie im Bureau dieses Blattes, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe, angenommen.

## Die Kirche und die moderne Gesellschaft.

Bei Mittheilung der Note des Grafen Daru behielten wir uns vor, bezügliche Anschauung auf kirchlicher Seite gegenüber zu stellen. Hierzu verwenden wir aus Vielem eine uns nächst zur Hand liegende römische Korrespondenz vom 10. Februar d. J., erschienen im Wiener „Vaterland“. — Der Korrespondent spricht sich über den Sturm aus, der nach dem Bekanntwerden der Canones de Ecclesia in Deutschland losgebrochen ist, bemerkend, daß man in Rom sich nicht im geringsten befremde, und fährt dann fort: „Es ist ja ganz natürlich, daß die Welt schreit. Welcher ist denn ihr heutiger Zustand? Sie wird von der Freimaurerei beherrscht, deren letztes Ziel eben die Entchristlichung der menschlichen Gesellschaft ist. Das Christenthum aus den Staatsgesetzen zu entfernen, ist ihr fast überall leidlich gelungen; die Wissenschaft von der Religion zu trennen, desgleichen. Das geschah mit der Phrase vom freien Staate und von der freien Wissenschaft. Die Menschheit soll nun an die Unfehlbarkeit der Gesetzesmacher und der Professoren glauben; die Kirche soll sich darauf beschränken, so lange sie überhaupt ihr Dasein noch fristet, von der Kanzel herab an Sonn- und Feiertagen eine wenig leichte Moral zur Erbauung gefühlvoller Seelen vorzutragen; sie soll dabei von Zeit zu Zeit auch zum Schutze der Selbstaristokratie das Heiligthum des Kapitals predigen, — da ward eines schönen Tages dieser gemüthliche Verweilungsprozeß durch das Erscheinen des Syllabus gestört. Das war allerdings arg, allein man konnte sich damit trösten, es sei nur so eine jesuitische Privatansicht des fehlbaren Greises in Rom. Jetzt aber, horribile dictu! verlautet — wenn auch vorerst nur auf dem Wege von Indiskretionen — so etwas, als könne und wolle das Concil die Gewissen aufklären über die Pflichten der menschlichen Gesellschaft gegen Gott, über das Wesen und die Aufgabe der von Christus eingesetzten heiligen Kirche . . . ; das geht zu weit, das kann die Loge nicht dulden. Die Lehre der Loge steht im schroffen Gegensatz zur Lehre der Kirche, darum muß die Kirche mundtot gemacht werden, und schweigt sie nicht willig, so braucht die Loge Gewalt; denn sie verfügt heute über Alles, was Gewalt gibt: über das Kapital, nervus rerum, über die Presse, über die Theater, über die Lehrstühle der Philosophie und des Rechtes, über Beamte, über Soldaten.“

Das Alles ist richtig; allein ein kleines Hinderniß liegt denn doch im Wege: in der unterirdischen Kapelle von Santa Maria in Via Lata, wo der heil.

Paulus einst in Fesseln lag, da steht es geschrieben: „Verbum Dei non est alligatum — Das Wort Gottes ist nicht gebunden!“ Die Loge kann viel, sie kann aber „Gottes Wort nicht binden“, und keine Macht der Erde wird die Apostel hindern, es zu verkünden!“

Der Verfasser berührt nun die Umtriebe des bayer. Gesandten Graf Tauffkirchen und bemerkt dabei: „aber deshalb kann er dem Reverendissimo hier vorstellen, wie bedenklich es für den Staatsbürger wäre, wenn Canon Nr. 20 dekretirt würde, denn dann wäre ja das Gesetz nicht mehr das öffentliche Gewissen; und er kann darauf aufmerksam machen, daß Canon 21 doch wohl eine versteckte Drohung gegen die Staatsgewalt enthalte. Die freie Kirche im freien Staate allerdings! aber freier als eine Eisenbahn-Gesellschaft im Staate zu sein wird doch die Kirche nicht beanspruchen, und die Statuten der Eisenbahn-Gesellschaft bedürfen der staatlichen Genehmigung, und der Staat bestimmt einen Maximalsatz der Tarife u. s. f. — Dürfte man den Agenten des Fürsten Hohenlohe wohl fragen, ob der Staat auch die obersten Verwaltungsräthe der Aktiengesellschaft präsentirt?“

Der Korrespondent erläutert die Bedeutung u. Wirksamkeit der allgemeinen Kirchenversammlungen. In solchen Augenblicken werden gewöhnlich die schleichen- den Fieber hitzige; die Uebel treten offen zu Tage; so auch jetzt wieder. Die Atheisten, Rationalisten, die Sektierer vom platonischen Freimaurer herab bis zum revolutionären Freibeuter, der sich fremdes Gut annekirt hat — sie Alle fallen seit dem Zusammentritt des Concils in Tobucht und ziehen durch ihre rasenden Invektiven die Aufmerksamkeit auf ihre Leiden, auf die sozialen Schäden der Menschheit. Dann kommen die Halbgesunden und weisen mit dem Finger auf ihre zahllosen, in gewöhnlichen Zeiten weniger offenkundigen Infrimitäten. Hier der vom landläufigen Liberalismus infizierte Katholik, der seiner ehemaligen Erfolge auf der Rednertribüne und in der Presse eingedenk, allen Ernstes glaubt, der moderne Konstitutionalismus mit Allem, was daran hängt und aus der Fabrik von 1789 stammt, sei wirklich das letzte Wort der Civilisation und könne zu großem Frommen der Religion zum alleinigmachenden Prinzip erhoben werden. Diefem folgt der philanthropische Kräumer, welcher so gern allen Forderungen des Zeitgeistes gerecht würde, und nun einmal gar nicht einzusehen vermag, weshalb die Kirche, welche ja so gut ist, sich nicht mit der heutigen Civilisation versöhnen und dieser zu liebe ein wenig in Fragen von Recht und Unrecht, Wahrheit u. Irrthum durch die Finger sehen sollte. Dort der Sprosse einer hochgepriesenen Wissenschaft mit dem verletzten Gefühl seiner Verdienste, weil das Ergebnis seiner Forschungen nicht als untrüglich erkannt ward. Hier wieder der bureaukratische Cäsarist, dem jedes Dogma an und für sich gleichgiltig, dem es jedoch unendlich darauf ankommt, daß Cäsar's Gesetze in Allem

und Jedem als oberste Richtschnur gelten, und der deshalb die Kirche freundlich bittet, sie möge doch still in der Sakristei bleiben und nie in's soziale und politische Leben hinaustreten, namentlich jetzt die Schule meiden; denn Cäsar, der da heißt Kammermajorität und verantwortliches Ministerium, nimmt den Unterricht der Jugend für sich in Anspruch, und was Cäsar beansprucht . . . es steht ja in den Staatsgrundsätzen: also nur keinen Konflikt mit Cäsar. Hinter diesem bedenklich Kranken kommt der gemüthliche Philister daher; ihm imponiren die öffentliche Tagesmeinung, die Zeitung und der Herr Professor So und So; ach wenn nur die Kirche nichts beschließt, was diesen Autoritäten Anlaß zum Mißvergnügen geben könnte! Friede mit solchen Größen; denn wenn sie zürnen, man weiß es ja aus Erfahrung, dann leidet doch nur die Religion darunter, und Philister will Ruhe haben.“

Der Korrespondent schließt mit dem Zurufe an diese in der Bewegung gegen das Concil befaßten „Kranken“:

„Nur gemacht! Die Nachfolger der Apostel sind im Vatikan um Pius IX. versammelt; eine Weile noch und sie werden hinaustreten vor die harrende Menschheit und sprechen: Argentum et aurum non est mihi, quod autem habeo, hoc tibi do: In nomine Jesu Christi Nazareni surge et ambula (Gold u. Silber habe ich nicht; was ich aber habe, das gebe ich dir: im Namen Jesu Christi des Nazareners stehe auf und gehe) — und haben Sie keine Furcht, die Lahmen werden gesunden, das ist die Heilkraft des Concils.“

Karlsruhe, 28. April. J. K. H. die Großfürstin Olga, geb. Prinzessin Cäcilie von Baden, reiste heute Vormittag 10 Uhr 45 Minuten mit Ihrer Tochter nach Darmstadt, um die großh. heftische Familie zu besuchen, und gedenkt heute Abend wieder in Karlsruhe einzutreffen.

Gleichzeitig ist auch Ihre Großh. Hoheit die Fürstin v. Leiningen, geborene Prinzessin Marie von Baden, nach Amorbach zurückgereist.

J. K. H. der Großherzog und die Großherzogin begleiteten die hohen Reisenden an den Bahnhof, wo auch Sr. G. H. der Prinz und J. K. H. die Prinzessin Wilhelm, sowie Sr. Durchl. der Fürst und J. G. H. die Fürstin von Hohenlohe-Langenburg sich zur Verabschiedung eingefunden hatten.

Gestern, den 27. April, traf J. G. H. die Prinzessin Marie von Baden, Herzogin von Hamilton, Nachmittags gegen 1 Uhr zum Besuch der großh. Familie hier ein; J. K. H. der Großherzog und die Großherzogin empfingen Ihre hohe Verwandte am Bahnhof und begleiteten sie wieder dorthin, als Hochdieselbe um 3 Uhr nach Baden zurückreiste.

△ Karlsruhe, 28. April. (Das Zollparlament.) „Der wüthendste Vertheidiger der Mainlinie wird der Rede, mit welcher Herr Delbrück das Zollparlament

## Berschiedenes.

Mannheim, 25. April. Wie dem „M. J.“ mitgetheilt wird, hat man heute beim Aufgraben des Schuttes der zollaratischen Magazine, welche am 31. Mai 1868 abbrannten, noch Blut vorgefunden.

Aus Wangen, A. Radolzell, 24. April wird der „Landesbote“ das geflügelte Wort geschrieben: Der hiesige Pfarrrscheint es durchaus darauf abgesehen zu haben, als eine noch unbekannte Größe auch einmal „gelandesbasi“ zu werden.

Ludwigshafen, 25. April. Ende Juli soll das vierte allgemeine pfälzische Sängertag unter Direktion des Hrn. Hofkapellmeisters Lachner von Mannheim dahier stattfinden.

Augsburg, 23. April. Am letzten Sonntag wurde hier von einer Zigeunerin ein 4jähriges Kind geraubt, und konnte dasselbe nur nach vielen Bemühungen Seitens der Eltern ausfindig gemacht werden.

Berlin, 23. April. Gestern Abend gegen 8 Uhr entstand in einer Straße der Stadt ein großer Zusammenlauf von Menschen dadurch, daß auf dem Dachgesims eines neuerbauten vierstöckigen Hauses eine Frau, wie man sagt, eine Mondstüchtige, spazieren ging. Der Anblick, die Frau hart an der Dachrinne geben zu sehen, war wirklich grauerregend. Die Frau begab sich jedoch bald wieder in das Dachfenster zurück.

In Barmen ist mit königlicher Ermächtigung eine „Wissens-Handelsaktiengesellschaft“ etablirt worden.

Leipzig, 20. April. In dem Dorfe Mahlis bei Dösch geriet der Grundbesitzer Schurig mit seiner Ehefrau in Streit

und drohte, sie mit einer Art zu tödten. Darauf entfloh die Frau zu ihren Eltern. Schurig aber, dadurch noch mehr in Wuth versetzt, erdrosselte seine beiden Kinder im Alter von 1 und 3 Jahren in der Scheuer, steckte diese in Brand und erhängte sich.

Offenbach, 25. April. Gestern in früher Morgenstunde wurde ein in hiesiger Gegend höchst seltener Gast, ein wilder Schwan (sogenannter Singichwan) erlegt. Derselbe hatte sich hoch aus der Luft in den etwa eine halbe Stunde von hiesiger Stadt entfernten Buchrainweiher niedergelassen, wo ihn Herr Dr. Merz von hier mit einer Kugel seiner Büchse oberhalb des Flügelgelenkes waidgerecht schoß. Der völlig ausgewachsene Vogel wog an vierzig Pfund.

Wien. Professor Wolfgang Wessely, der in weitesten Kreisen bekannte und geschätzte Strafrechtslehrer an der Prager Universität, ist hier im Kreise seiner Verwandten, bei welchen er eben zum Besuche war, vom Schlage getroffen worden und nach wenigen Minuten, trotz augenblicklicher ärztlicher Hilfe, verschieden.

— Der „Köln. Ztg.“ wird geschrieben: Der Curator des Dorpater Lehrbezirks hatte Audienz bei dem Kaiser und dem Thronfolger von Rußland in Angelegenheiten der deutschen Nationalität in den baltischen Provinzen. Kaiser Alexander habe sich leidlich über die Deutschen geäußert. Die Ausdrücke des Thronfolgers gegen die Deutschen seien aber so arg gewesen, daß man lieber davon schweige.

— Herr Professor Kiepert befand sich in den ersten Tagen des April in Jerusalem und hatte Ausflüge in die Umge-

gend unternommen. Aus einem von ihm erstatteten Bericht geht hervor, daß die von der Bebel'sche Karte sich ganz unzuverlässig und unbrauchbar selbst in denjenigen Theilen erweist, welche ihr Autor selbst bereist und gesehen hat. Herr Professor Kiepert beschreibt zwei antike Orte, welche bis jetzt von keinem Reisenden auf dieser Route besprochen wurden, von denen der eine möglicher Weise das lange gesuchte Mabin der Mattabäer ist, mit bedeutenden Ruinen von Quaderbauten, einer Feste aus römischer, vielleicht vordrömischer Zeit. Von dem wenigstens 1100 Fuß hoch gelegenen Punkte ist das Meer sichtbar. Der andere Ort ist Jasuf mit einer reichen Quelle und mehrfachen antiken Sculpturflüden. Die Aussichten für die Fortsetzung der Reise ins Ost-Jordanland waren überaus günstig. Es herrschte vollkommene Sicherheit und einzelne Missionare hatten sogar ohne jede Begleitung Wanderungen dorthin unternommen.

— Die eben verstorbene Herzogin Berry war geboren am 5. Nov. 1798 als Tochter des Königs Franz I. von beiden Sicilien, hat ein sehr unruhiges Leben geführt. Zuerst war sie mit dem Herzog von Berry vermählt, am 14. Februar 1820 Wittve und ihrer Anwartschaft auf Scepter und Krone ledig geworden, heirathete sie im Jahre 1831 den Marquis Luchesi, auch Herzog della Gracia; seit 1. April 1864 war sie wieder Wittve. Ihr erster Gemahl, der Herzog von Berry, der zweite Sohn des Grafen Artois und nachmaligen Karl X., wurde von Louvel's Messer am 13. Februar 1820 an der Seite der Herzogin getroffen und starb am folgenden Tage. Am 29. September 1820 wurde dann ihr Sohn Heinrich, der jetzige Graf Chambord, geboren.



eröffnete, das Zeugnis nicht versagen können, daß sie tabellos Weise Alles vermeidet, was wie eine politische Anspielung aussieht oder was nur irgendwie daran erinnert, daß es eine Versammlung von Vertretern der deutschen Nation — nicht eben einfach ein technischer Beirath für Zoll- und Handelsfragen — war, an welche das Wort gerichtet wurde. Zucker, Syrup, Stärke und Kaffee bilden den Hauptinhalt der Rede, die mit der trostvollen Versicherung von dem bisherigen Erfolg der Zollvereinsrichtungen schließt. Ein besonderer Commentar der Rede dürfte kaum geboten sein; sie bestätigt im Wesentlichen das, was man bereits wußte. Von wem glaubt man wohl, daß diese Auslassung gegeben wurde? O gewiß von einem „antinationalen“, ultramontanen oder demokratischen Blatte: Mit nichten! Das allernationalliberalste Blatt, die „Karlsruher Bad. Landeszeitung“, hat diesen Ausspruch über die Eröffnungsrede des gegenwärtig tagenden Zollparlamentes gethan. Wie ganz anders war die Sprache vor zwei Jahren! — So verflüchtigt sich an der Macht der Umstände eine Illusion der Nationalliberalen um die andere. Welche Hoffnungen hatte man auf das Zollparlament gesetzt, und wie groß war die Begeisterung der Nationalliberalen bei dessen erstem Zusammentritte im April 1868 — man erinnere sich der Festfahrt nach Hamburg und Kiel und der Ströme Champagners und der feurigen Reden dort und in Berlin bei den Banketts; welches Alles zu dem Völkischen Frühlinge sich vereinigen sollte — und welsch ein Gegenatz gegen damals zeigt sich heute! Der König, anstatt, wie es geheißen, die Zollparlamentssession mit einer Thronrede in Person zu eröffnen, macht eine Spazierfahrt nach Babelsberg; der Herr Bundeskanzler wird zum weiteren Rathheur von der Gelbsucht befallen, und Herr Staatsminister v. Delbrück hält seine trockene, rein geschäftliche Eröffnungsrede vor kaum einem Drittel der Mitglieder einer „ganz Deutschland umfassenden“ Körperschaft. — Es zeigt sich eine Unlust und Zollparlamentämüdigkeit ohne Gleichen; nur mit äußerster Schwerefähigkeit kam nach und nach die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Mitgliederzahl zusammen; das Bureau des Präsidenten wird fortgesetzt mit Urlaubsgesuchen überschwemmt. Wie erklärt sich diese Erscheinung? Wir glauben die Erklärung darin zu finden, daß der dem Zollparlamente zu Grunde liegende nationale und politische Gedanke in der Gesamtnation durchaus keine Wurzel fassen will. Ein großpreussisches Kleindeutschland geht dem deutschnationalen Patriotismus wider die Natur. Fürst von Hohenlohe, die Bluntschli, Miquel, Braun, Bennigsen u. s. w. mögen noch tausendmal ihren Redeschwall aufwenden für die „nationale Hoffnung“ mit dieser Basis — sie werden die Reaktion des wahren deutschen Geistes gegen die Unnatur nicht zu bannen vermögen; sie werden außerhalb ihres Parteikreises Niemanden dafür begeistern. Mit seiner Dankjagungsrede hat Fürst von Hohenlohe außerdem den bayerischen Patrioten vollste Rechtfertigung geliefert wegen des Mißtrauens, das sie gegen denselben an den Tag gelegt haben. — Das Dahinsiechen dieser Institution erklärt sich im Weiteren namentlich daraus, daß das Zollparlament auf eine politische Körperschaft mit nationalpolitischem Zwecke angelegt ist, und diese seine Eigenschaft nicht entfalten kann. Mit dem Tage, an dem der Versuch mittelst des Zollparlamentes den Main zu überbrücken, schließlich, war der Todeskeim demselben eingepflanzt. Einestheils als ergänzende Dekretirmaschine für den Nordbund dienen sollend, andertheils mit dem uneigentlichen Nimbus eines deutschen Parlaments bekleidet (Kolb hat Recht), entbehrt diese Institution der Lebensfähigkeit. Von dem politischen Körperlichkeiten nachgebildeten parlamentarischen Apparate mit Thronrede u. c. abgesehen, so erschien es uns von der ersten Stunde an als ein Fehlgriff und als eine Widenatürlichkeit, eine Vertretung der Zollvereinsinteressen durch allgemeine Kopfzahlwahlen auf breiter Basis zu schaffen. Hier kann entschieden nur eine wohlbedachte Interessenvertretung am Platze sein, und sie allein nur vermag unseres Erachtens die rechte Belebung in die Institution zu liefern. Entgegen den früheren bürokratischen Zollkonferenzen würde das Zollparlament, selbst mit Anwendung des Majoritätsprinzips, als eine ersprißliche Neuerung populär werden können, wenn eine rationelle Zusammensetzung desselben nach Interessen an Stelle seiner jetzigen Verfassung treten würde. Man lasse einmal den politischen Gedanken fallen, verlege den Sitz von Berlin hinweg abwechselnd nach anderen großen Städten im Norden und Süden, berufe Vertreter aus der Administration, aus den Fachgelehrten, aus dem Großhandel, aus der Großindustrie, und aus dem Großgrundbesitze, aus dem Schooße des Handelstages u. c. — und es wird sich bald zeigen, daß die Einrichtung als ein wirklich nationales Gut in hohes Ansehen gelangt, und allgemeine Beliebtheit sich zuziehen wird.

**Aus Baden, 24. April.** (Fr. 3.) Die Stellung der Staatsanwaltschaft beruht bei uns auf der nämlichen idealen Auffassung, wie solche der französischen und preussischen Rechtsverfassung eigenthümlich ist. Der Staatsanwalt fühlt sich in dem Gerichts-

wesen als der eigentliche Repräsentant des Staates. Er nimmt eine hohe Stelle in der Beamtenwelt ein, und ist mit allen Machtmitteln der gerichtlichen Polizei ausgerüstet. Von seinen Anträgen hängt die Einleitung einer Untersuchung und der Gang derselben ab. Er kontrollirt die Gerichte und macht in den geheimen Sitzungen der Rathskammern, wie in den öffentlichen der urtheilenden Gerichte das Interesse des Gesetzes geltend. Des Gesetzes! Natürlich und ohne Zweifel. Denn, wenn der Staat irgend einem Individuum ein für das Wohl und Wehe der Staatsangehörigen so wichtiges Amt anvertraut, ihm seine Repräsentation in den Hallen der Gerechtigkeit überträgt und ihn auf den hohen Stuhl der Staatsanwaltschaft an die Seite der Gerichte setzt, dann darf der Zweifel nicht aufkommen, daß jenes Individuum noch ein mit menschlichen Leidenschaften und Schwächen behafteter Mensch sei; dann darf man nicht glauben, daß der natürliche Ehrgeiz eine angefangene Sache zu dem gewünschten Resultate zu führen, oder jene bekannte juristische Sucht der Rechthaberei, oder wohl gar persönliche oder politische Parteivoreingenommenheit die geheime Triebfeder der staatsanwaltschaftlichen Thätigkeit bilde, sondern dann ist männiglich geboten zu glauben, daß man ein vollendetes Ideal der Unparteilichkeit, der Unbefangtheit, der Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe, den reinsten Ausdruck der Staatsidee, den lebendigen Repräsentant des Gesetzes vor sich habe. Wozu hat man das Institut der Fiktionen, wenn man sie nicht werthet? Und in diese schöne beruhigende, ja man möchte sagen, kindliche Fiction der juridisch-moralischen Vollenbung und der Freiheit von allen menschlichen Schwächen und Sünden hat auch unsere Rechtsverfassung die Staatsanwälte und die Oberstaatsanwälte eingewickelt. Indessen sind die schönen Tage von Aranjuez auch in dieser Beziehung vorüber. Die Reaktionsperiode 1849—60 war die Zeit, in welcher man bemüht war, jene Fiction zur praktischen Geltung zu bringen. Einige Staatsanwälte haben sich insbesondere durch das hohe und grobknochige Roß hervorgethan, das sie zu reiten beliebten. Seitdem hat sich die Sache etwas abgestumpft. Die vielfachen wissenschaftlichen Erörterungen dieser Frage, die Verhandlungen des Juristentages, bei denen namentlich Stimmen aus Norddeutschland gegen die bevorrechtete Stellung der Staatsanwaltschaft sich aussprachen; die tägliche Praxis und eigene Anschauung haben jene Fiction in der öffentlichen Meinung zerstört und es haben sich insbesondere die Geschwornengerichte von dem Glauben an die Unfehlbarkeit der Staatsanwaltschaft losgesagt. Die neuesten staatsanwaltschaftlichen Ernennungen scheinen nun auch darauf hinzuweisen, daß man selbst in Regierungskreisen von jener fictiven Autorität der Staatsanwaltschaft abläßt. Denn in dem nämlichen Maße, als erklärte politisch-kirchliche Parteileute zu Staatsanwälten gemacht werden, muß der öffentliche Glaube an die Unbefangtheit und Unparteilichkeit dieser Beamtung zerstört werden. Das kann nur dazu beitragen, die Unhaltbarkeit jener Fiction darzutun und die Stellung der Staatsanwaltschaft klarzulegen. Gewöhnt man sich aber an den Gedanken, hinter einem Staatsanwalt auch möglicherweise einen Parteimann zu erblicken, dann ist der nächste Schritt, der zu thun ist, der, die Frage zu prüfen, in welcher Weise die auf einem anderen Grundgedanken beruhende Gesetzgebung geändert werden muß, um die Gesamtheit vor den Nachtheilen zu bewahren, die aus der Uebertragung der Nachsülle der alten idealen Staatsanwaltschaft an die neu-aratische derselben drohen.

**Berlin, 27. April.** Nicht zwar sind, wie anderwärts irriger Weise gemeldet worden, 120 Millionen der preussischen Staatsschuld konsolidirt worden, allein der Finanzminister ist mit dem Resultat der Konsolidation sehr zufrieden, weil er sich auf ein Minimum gefaßt gemacht hatte, und nun angenehm überrascht ist, daß circa 80 Millionen angemeldet worden sind. Es wird sehr viel mehr gespart, als zur Deckung des Defizits nöthig war, wir stehen also vor einem Ueberschuß und es fragt sich, wozu derselbe verwendet werden wird. Herr Camphausen hat dem Abgeordnetenhaus genaue Rechnungsvorlegung über das Konsolidationsgeschäft zugesagt; vom Abgeordnetenhaus und vom Reichstage wird abhängen, ob der Ueberschuß bloß dazu verwendet werden soll, um „der deutschen Politik des Herrn Bundeskanzlers zu dienen“. Das heißt zu deutsch: der Militäretat kann erhöht werden, wenn Ueberschüsse zum Vorschein kommen. Die Finanzpolitik des Abgeordnetenhauses war die entgegengesetzte: der Militäretat muß unter allen Umständen verringert werden, und stellt sich ein Plus heraus, so kann zwar noch nicht an Steuernachlässe gedacht werden, denn dazu wird nicht genug übrig bleiben, aber man muß mehr für Schulen und Universitäten und für Subalternbeamte thun. — Der Kriegs- und Marineminister v. Roon hat in diesen Tagen für die Marine ein Grundstück acquirirt, das 300,000 Thaler kostet. Wenn irgend ein anderes Ressort solche Ausgaben machen wollte, so würde es vom Finanzminister den Bescheid erhalten, daß nicht ein Groschen disponibel ist. Die Universität Königsberg wollte vor Jahren einem ihrer Dozenten

zu einem Aufenthalt in Italien eine Subvention auswirken und kam beim Kultusministerium um 800 Thlr. ein. Das Resultat war, daß er 200 Thlr. bekam. (Fr. 3.)

**Hannover, 24. April.** Die „Deutsche Volkszeitung“ erließ vorgestern eine Art Manifest, das an Entscheidung der Sprache nichts zu wünschen übrig läßt und die Ueberschrift „Friede“ trug. In Folge dessen hat die Polizeibehörde das Blatt mit Beschlagnahme belegt. In Gebichten und Leitartikeln, hieß es in besagtem Artikel, wie die „Weser-Ztg.“ auszugsweise mittheilt, habe die annerionistische Presse zur Feier der Ostern den Frieden besungen und gepredigt. Die „Volksztg.“ weist die Hand, die ihn bietet, zurück. Die Friedensmahnung stütze nicht aus einer stätigen, ächt preussischen Gesinnung, denn in Preußen werde ja der Krieg als die höchste Entfaltung der Kultur gepriesen. Preußen habe als Militärstaat den Beruf zum Kriege und zu Eroberungen. Es könne allerdings den ernstlichen Wunsch hegen, innerhalb des norddeutschen Bundes überall Frieden und Versöhnung zu stiften; aber Versöhnung sei zwischen Lug und Wahrheit, Gewalt und Recht, Blut und Eisen und dem menschlich reinen Schlag des Herzens nicht denkbar. Die Größe und Macht könne auf dem von Preußen betretenen Wege nie zur Wahrheit werden; das Recht der Eroberung sei ein Recht der Barbarei; auf dasselbe sich zu berufen, sei für jeden civilisirten Menschen eine Schande; dies sogen. Recht habe uns der edelsten Rechte beraubt; der Kitt von Blut und Eisen, durch den wir mit Preußen zusammengefügt, seien furchtbare Fesseln u. c. Da gebe es nirgends einen Anknüpfungspunkt für die Versöhnung; es sei vielmehr eine freche und übermüthige Unverschämtheit, zu verlangen, daß wir auf Mahnungen zur Versöhnung hören, so lange in unsern Wunden der Schmerz erlittenen Unrechtes wühlt. Dieser Schmerz werde nicht enden, bis das Unrecht voll und ganz gelöscht sei. Bis dahin kein Frieden, keine Versöhnung, bis dahin ist jener ein Phantom, diese ein Zug.

**Stuttgart, 25. April.** Der hochw. Bischof von Rottenburg, Hr. Dr. v. Hefele, hat dem früheren Kultusminister v. Goltzer von Rom aus in einem Schreiben das tiefste Bedauern über seinen Rücktritt ausgesprochen. In gleicher Weise richtete das bischöfliche Ordinariat in Rottenburg an Hrn. v. Goltzer ein Dankgangschreiben für dessen Gewogenheit und heilsame Förderung der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten.

**Stuttgart, 26. April.** Der gestern begonnene Pferdemarkt hat sich mit 1123 zu Markt gebrachten und durch heutige weitere Zufuhr vermehrten Pferden gut angelassen. — Heute ging der Verkauf auf dem Pferdemarkt bis in den Abend hinein sehr lebhaft, namentlich machten Schweizer und Badenser viele Ankäufe, während dieses Jahr die Franzosen ganz fehlen, den besten Beweis dafür, daß wir vorerst wenigstens Frieden behalten werden. Bei dem heute Nachmittag vorgenommenen Verkaufe von 17 Pferden aus dem königlichen Landgestüt wurde eine Summe von 9024 fl. erzielt; der höchste Preis mit 1000 fl. wurde für eine zehnjährige Schimmelstute bewilligt, der niederste für eine 17 Jahre alte dunkelbraune Stute betrug 162 fl.; zwei 5jährige Wallachen wurden mit 455 fl. und 750 fl., ein 9-jähriger Wallach mit 825 fl. bezahlt; aus fünf 4jährigen Stuten wurden 520, 535, 600, 680 und 815 fl. erlöbt, eine weitere 4jährige Stute wurde um das Angebot von 450 fl. nicht abgegeben.

**München, 26. April.** (A. 3.) Bezüglich des von der Kammer der Abgeordneten nahezu mit Einstimmigkeit angenommenen Antrags des Hrn. Abg. Dr. Frankfurter auf Revision des Edikts über die Presse und des Preßgesetzes wird vom Referenten der Kammer der Reichsräthe, Frhrn. v. Schrenk, beantragt: diesem Antrage die Zustimmung nicht zu ertheilen; in Betreff des Antrages des Abg. Dr. Böck auf Revision des Gesetzes über den Geschäftsgang des Landtages aber beantragt Frhr. v. Schrenk als Referent die Bestimmung. — Gegen die Schrift des Paters Högl: „Ist Döllinger ein Häretiker?“ hat der Münchener Stadtpfarrer und Landtagsabgeordnete Hr. Dr. Westermayr eine Gegenschrift: „Döllinger's Stellung zur katholischen Kirche“ erscheinen lassen, welche sich entschieden für die päpstliche Unfehlbarkeit ausspricht.

**München, 28. April.** Die Nachricht der „Kreuzzeitung“ von einem bevorstehenden Besuche des Königs von Bayern am preussischen Hofe ist richtig; über den Zeitpunkt ist jedoch noch nichts bestimmt.

**Augsburg, 25. April.** Am 29. d. kommt die Richtighkeitsbeschwerte vor dem Schwurgerichte dahier zur Verhandlung, welche der Redakteur des (patriotischen) „Allgäuer Volksblattes“ Dr. Schneider gegen ein Urtheil eingelegt hat, gegen ein Urtheil, das eine 9monatliche Festungsstrafe über denselben verhängte, wegen des Abdruckes eines ganz unversolgt gebliebenen Artikels der „Pfälzer Zeitung“, der eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Außerdem theilt die „Donauzeitung“ mit, daß Dr. Schneider auch wegen Amtsehrenbeleidigung der Minister v. Hörmann und Gresser, begangen durch Abdruck eines Artikels aus der „Donauzeitung“ verurtheilt wurde, während die gegen die „Donauzeitung“ deshalb eingeleitete Untersuchung wieder eingestellt wurde!! — Die Wahlgesetzvorlage



wird in der Abgeordneten-Kammer bezüglich der Wahlkreiseinteilung bedeutende Anfechtung erfahren. Von der hiesigen Postzeitung wird befalls bemerkt: „Aus der ganzen Wahlkreiseinteilung blicken die Geister der Herren v. Hörmann und v. Hocheder gar vertrauenselig und lähn hervor. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir hier schwarz auf weiß zu lesen bekamen, daß eine Stadt wie Amberg mit 12,312 Einwohnern einen Wahlkreis für sich bilden und einen Abgeordneten zu wählen habe; während der Bezirk Eschenbach mit 38,403, also 3mal mehr Einwohnern, auch nur einen wählen dürfte. Desgleichen soll das erst vor einigen Monaten zur Stadt erhobene Rosenheim dadurch in der Intelligenz so rasch vorgeschritten sein, daß es mit Freising, obgleich mit ihm nur 13,237 Einwohner zählend, einen Abgeordneten wählt, während der Landbezirk Litzmonning mit 40,331 Einwohnern auch nur einen wählen soll. Also ganz ähnlich wie in Baden, in dessen Wahlgesetz die Städte 3mal mehr wiegen als das Landvolk. Läßt sich auch diese Wahlkreiseinteilung vom fortschrittlichen Standpunkte ungemein klug und weise, ja als ein Meisterstück an, das die Hörmann'sche Einteilung fast noch überbietet, so müssen wir uns doch wundern, wie man es einer patriotischen Kammermehrheit vorlegen mochte.“

† **Wien**, 27. April. Die Gefangennahme und Ermordung der englischen Reisenden bei Marathon wird gemeinsame Schritte der Mächte zur Folge haben. — Sämtliche österreichische „Minoritätsbischöfe“ sind nach Rom zurückgekehrt.  
\* **Wien**, 28. April. Die „Presse“ demotiert entschieden die Nachricht Pariser Zeitungen, das Wiener Kabinett beabsichtige die Wiederannahme der polnischen Frage. Der Justizminister erließ anlässlich der Preßamnestie ein Rundschreiben an die Oberstaatsanwaltschaft, worin er hervorhebt, daß, nachdem bezüglich der Vergangenheit Milde geübt worden sei, zukünftig dem Gesetze in vollem Umfange Geltung verschafft werden müsse. Der Justizminister hofft, die Preßjury werde ihren Beruf richtig auffassen.

### Ausland.

**Paris**, 27. April. Nachrichten der „Agence Havas“ aus Madrid stellen die Begründung des Gerüchtes von Unterhandlungen, welche mit dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern wegen der Kandidatur auf den spanischen Thron eingeleitet sein sollten, in Abrede.

**Paris**, 27. April. Der Bataillonier des Pariser Advolatenstandes und ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung, Hr. Marie, ist heute Nacht gestorben. — Die hier anwesenden Dänen erhielten aus Nordschleswig Telegramme, welche die Enthebung Pleßens von der Oberpräsidentenschaft melden und die Annahme einer Versöhnungspolitik von Seite Preußens signalisiren. — Der Graf v. Chambord hat dem Papst einen Brief zustellen lassen, in welchem er „dem unerschütterlichen Felsen, dem unschätzbaren Repräsentanten Jesu Christi“ seine wärmste Anhänglichkeit erklärt. Ähnlich haben es die Chefz der andern bourbonischen Linien gehalten, der König von Neapel, Don Carlos von Spanien und der Herzog von Parma. — Der „Constitutionnel“ bringt nach dem „Nouveliste de Rouen“ die Nachricht, daß das Gerücht von einem Generalpardon, der nicht nur die Preßvergehen, sondern auch die politischen Vergehen umfassen sollte, wohl begründet sei.

\* **Paris**, 28. April, Morgens. Der „Agence Havas“ wird aus Bucharest telegraphisch gemeldet: Die Unordnungen in Fekutsch sind beendet. Mehr als 40 Ruhestörer wurden verhaftet. Soweit bis jetzt hat festgestellt werden können, sind alle Verhafteten Ausländer. Nach Nachrichten aus Madrid, welche der „Agence Havas“ zugegangen sind, haben am letzten Dienstag Abends in Alcala und Selva in der Provinz Teruel, sowie in Santiago in der Provinz Galizien Ruhestörungen stattgefunden. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Jetzt ist die Ordnung wieder hergestellt.

§ **Aus dem Elsaß**, 20. April. Das päpstl. Werbepot, welches vorher zu Pontarlier war, befindet sich nunmehr zu Altkirch in der Nähe von Mühlhausen und ist von Basel, und von beiden Orten auf der Eisenbahn zu erreichen. Die Thätigkeit dieses Depots besteht darin, daß ein päpstl. Offizier dort stationirt ist, welcher Denjenigen, welche freiwillig in den römischen Kriegsdienst treten wollen, die nähere Auskunft über die Bedingungen dazu mittheilt, und sie, wenn sie diesen Bedingungen entsprechen, anzunehmen und nach Rom zu befördern hat. Man geht dabei mit sorgfältiger Auswahl zu Werk, und nimmt nur solche Freiwillige an, welche mit Treue und Ehre zur Vertheidigung des apostolischen Stuhles in diesen Kriegsdienst zu treten gewillt und befähigt sind, jedenfalls dafür die nöthigen äußern Bürgschaften geben. Außerdem, daß der sich stellende Freiwillige als körperlich militärtauglich befunden werden muß, hat er folgende schriftliche Urkunden vorzulegen: 1) einen katholischen Taufschein; 2) ein Zeugniß guter Aufführung von seinem Desepparrer oder seiner Heimathsbehörde; 3) einen Reisepaß mit der obrigkeitlichen Erlaubniß zu einem längeren Auf-

enthalt im Ausland oder eine Auswanderungserlaubniß; 4) insofern nicht aus diesen Zeugnissen zugleich hervorgeht, daß der Betreffende seiner Militärpflichtigkeit in seinem Heimathlande vollständig Genüge geleistet hat, so ist auch noch der Militärabschied aus der Heimath, oder sonst ein obrigkeitliches Zeugniß vorzulegen, daß der Freiwillige in seiner Heimath militärfrei sei. Es werden Freiwillige bis zum 40. Lebensjahr zugelassen. Dieselben können sich verpflichten, auf zwei Jahre oder auf vier Jahre zu dienen. Nähere Auskunft wird über Alles bei dem Werbepot erteilt. Es ist aber gewiß im allgemeinen Interesse, daß die Bedingungen der Aufnahme unter das päpstl. Militär allgemein bekannt seien, damit nicht junge Männer deshalb vergebliche Schritte thun, indem sie außer Stande sind, die gestellten Bedingungen zu erfüllen. Es kann, wie natürlich, nur höchst erwünscht sein, wenn der apostolische Stuhl tüchtige und brave Vertheidiger auch aus der deutschen Nation findet, wie er bisher in zahlreicher Menge aus den anderen Nationen je gefunden hat, namentlich aus den Franzosen, Belgiern, Holländern, Engländern, Nordamerikanern.

— **Basel**, 27. April. Wegen Verhöhnung der kathol. Religion bei dem Fastnachtsumzuge sind von dem Polizeigerichte mehrere Individuen theils zu Gefängniß, theils zu Geldstrafen verurtheilt worden. Erstere sitzen im „Hüsl.“ — Die kürzlich erfolgte Entlassung des Herrn Stämpfli als Direktor der eidgenössischen Bank und dessen Ersetzung durch den Direktor der Bank von Solothurn, Hr. Kaiser, macht großes Aufsehen. Hr. Stämpfli bleibt dagegen Bankpräsident mit 10,000 Fr. Besoldung, eine Art Ruhegehalt.

**Berlingen**, (Ranton Thurgau). Die Versuche zur Hebung des Dampfschiffes „Reinsall“ sind eingestellt, da das seitherige Verfahren sich als untauglich hierzu erwiesen hat.

**Rom**, 26. April. Die Antiochianer-Mönche unterwarfen sich; dafür ernannte der Papst den Bischof Valenziani von Fabriano, einen persönlichen Freund des armenischen Bischofs Kassagian, zum Visstator. (Pr.)

— Dem „Schw. M.“ wird von hier geschrieben: Prinz Albrecht Sohn von Preußen ist vorgestern von hier abgereist. Derselbe hatte sich während seines ganzen Aufenthalts dem Papste nicht vorstellen lassen und überhaupt jede Berührung mit den amtlichen Kreisen Roms vermieden.

**Florenz**, 26. April. Das Amtsblatt bringt die Nachricht von der Ermordung des Grafen Albert de Boyd, ersten italienischen Gesandtschaftssekretärs in Athen, durch die Räuber. — Hier sind zahlreiche politische Verhaftungen von Personen aus den verschiedenen Ständen vorgenommen worden. (L. R.)

**Rußland und Polen**. Am 16. April empfing der Kaiser die Minister Tschikang und Souenne-Kia-Ku, sowie andere Mitglieder der chinesischen Gesandtschaft zu einer Abschiedsaudienz. Dem kaiserl. Ulas, der die Prügelftrafe für die niederen Civilbeamten wieder einführt, ist bald ein zweiter Ulas gefolgt, der die ordnungsmäßige Vollstreckung der Prügelftrafe an den niedern Gradern der Marine regelt.

In Warschau begann am 1. April wieder der mit außerordentlichen Kräften unternommene Bau der neuen Warschauer Forts.

Diesen Sommer soll abermals ein Slaventkongreß und zwar wieder in Moskau abgehalten werden. Der erste, im Mai 1867 stattgefunden, versteckte sich bekanntlich hinter der Maske der ethnographischen Ausstellung; jetzt hält man keine Maske mehr für nöthig. Von gewisser Bedeutung ist, daß unlängst in Moskau eine Konferenz der höheren russischen Geistlichkeit abgehalten wurde, zu welcher auch zwei deutsche Professoren eingeladen und erschienen waren. Bei dieser Konferenz handelte es sich um Berathungen, welche sich auf den Plan beziehen, die russisch-orthodoxe Kirche über ganz Europa auszubreiten mit Unterdrückung der römisch-katholischen Kirche. Die Metropoliten, Patriarchen und Bischöfe, welche diese Berathung pflegen, halten in allem Ernste die russische Kirche für berufen, der römischen ein Ende zu machen. Mittlerweile geht das barbarische Russifizierungswert unaufhaltsam seinen Gang, und nicht nur gegen die kath. Polen wird gewüht, sondern auch gegen die deutschen Protestanten in Polen und in den baltischen Provinzen. Die Stände von Esthland und Livland haben sich an den Kaiser gewandt mit Vorstellungen wegen Nichtachtung ihrer verbrieften Rechte; dieselben sind aber in ungnädiger Weise abgefertigt worden. Bis in die letzte Zeit war es der kath. Geistlichkeit gestattet, die hl. Sakramente in der Kirchensprache auszuspenden. Ende März aber wurde den Pfargeistlichen Seitens der Kapitelsvikarien ein in's Russische überetztes rituale sacramentorum mit dem Bedeuten zugesandt, vom Tage des Empfanges an davon Gebrauch zu machen; natürlich widersetzten sich Viele dieser Zumuthung und bedienten sich nach wie vor der lateinischen Sprache. Gegen dieselben wird kurzer Prozeß gemacht; die Häupter der Regierung fangen sie ab und interniren sie im Innern des Reiches. — In Lithauen mußte ein Bauernaufstand mit Waffengewalt unterdrückt werden. Die Räubersführer wurden gewaltsam mit Ruthen gepeitscht, andere nach Si-

birien geschleppt. In Wilna wurden mehrere kathol. Priester verhaftet, weil sie sich weigerten, eine Zustimmungsadresse an den russisch gesinnten Erzbischof Zylinski zu unterschreiben. Deren Loos wird die Abführung nach Sibirien sein.

**Athen**, 25. April. Der Leichnam des Herrn Wyner und des Grafen de Boyl sind nun ebenfalls hier eingetroffen. Vor seinem Tode hatte Herr Wyner sein Testament gemacht. Seinem letzten Willen gemäß soll sein Körper einbalsamirt und nach London gebracht werden. Sechs Köpfe der Räuber sind in Athen angekommen; man erwartet die übrigen.

\* **Athen**, 27. April. Der Kriegsminister Souzos hat aus Anlaß der Räuberaffaire seine Entlassung genommen.

Um der öffentlichen Meinung genüge zu leisten, hat die Regierung die Köpfe der getödteten Räuber öffentlich ausstellen lassen.

**New-York**, 26. April. (Kapeldespeche.) 20,000 Sioux-Indianer drohen mit Krieg. Truppen sendungen sind in die Grenzgebiete abgegangen.

\* **New-York**, 27. April. Aus Richmond (Virginia) wird von gestern gemeldet: Während die gesetzgebende Versammlung im Kapitol eine Sitzung hielt, stürzte der Fußboden der über dem Sitzungszaale belegenen Gerichtshalle ein. 40 Todte, darunter mehrere Deputirte, sind zu beklagen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 150.

**Karlsruhe**, 28. April. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 26 enthält: Gesetz, die Beschäftigung von Kindern in Fabriken betreffend. (Verordnung des Kriegsministeriums, die Errichtung einer Unteroffizierschule in Göttingen betreffend. — Nr. 27 desselben Blattes enthält: Gesetze, die Vervollständigung des Eisenbahnetzes betr.; den Bau einer Eisenbahn von Appenweier nach Oppenau betr.; den Bau einer Gotthardbahn betr.

△ **Konstanz**, 28. April. (Berichtigung.) Die in Ihrem Blatte aus der „Köln. Volksztg.“ mitgetheilte Nachricht, daß ich in dem gegen meinen Freund Lindau und mich eingeleiteten Strafprozeß die Vorladung Sr. Excellenz des Hrn. Staatsministers Dr. Stabel und Sr. Excellenz des Hrn. Oberhofrichters Freiherrn v. Marschall als Zeugen beantragt habe, ist unrichtig. R. Baumstark, Kreisgerichtsrath.

© **Aus dem Amte Radolfzell**, 23. April. Schreiber dieses wollte die am 1. d. M. verfallenen Koupons von badischen Eisenbahn-Obligationen auswechseln lassen beim Accisor, wurde aber abgewiesen, weil der Obereinnehmer erklärt habe, daß er keine Koupons mehr annehme. Auf diesen heißt es nun: „zahlbar bei allen großh. Staatskassen.“ Ist nun die Klasse des Obereinnehmers keine Staatskasse? oder hat er das Recht, den Staatsgläubigern beliebige Beschränkungen und damit Kosten und Mühe aufzuladen? Da andere Accisoren sich gerade so äußerten, wie der hiesige, ist es nicht bloß ein Mißverständnis von diesem, sondern in der That ein Verbot des Obereinnehmers. (Die Redaktion ist ermächtigt, den Ort und Namen des Einsenders zu nennen.)

**Karlsruhe**, 27. April. (L. Z.) Gestern brach im nahen Knielingen ein Brand aus, veranlaßt durch drei kleine Kinder, jedes im Alter von etwa 4 Jahren, welche im Zimmer mit Streichhölzchen spielten. Es ist dies eine wiederholte Warnung für Eltern, ihre Kinder nicht ohne Aufsicht zu lassen. — Gestern erhängte sich hier in der Bahnhofsvorstadt ein Fabrikarbeiter, Vater von 4 Kindern. Angeblich soll diese entsetzliche That durch den Umstand veranlaßt worden sein, daß der Unglückliche keine Wohnung für seine Familie finden konnte.

**Mannheim**, 26. April. (Khr. Ztg.) Der nächste „Zurf“ hält hier alle Freunde des edlen Sports in Athen, namentlich seitdem die Kunde eingelangt ist, daß Bankier Oppenheim aus Köln sein neulich um 32,000 fl. erkauftes Pferd, „The colonel“, den doppelten Sieger von Liverpool, hier will rennen lassen. Auch sonst sind viele und ausgezeichnete Renner angemeldet. Sonntags ist das erste Rennen, Abends Generalversammlung im „Europäischen Hof“, Montags das zweite Rennen mit den höchsten Aufgaben und Preisen, Abends Feste im gleichen Gasthof.

### Neueste Post.

§ **Paris**, 28. April, Nachts. Das „Mem. dipl.“ meldet: Als Banneville dem Papste das Memorandum Daru's übergab, antwortete der Papst: Die Kirche habe stets der Lage, welche den Staaten durch die Begehrlichkeiten der Völker und die Unbeständigkeit der Zeiten bereitet wird, Rechnung getragen und werde die Auseinandersetzungen der französischen Regierung aufmerksam lesen.

Am gleichen Tage hätten die Vertreter der katholischen Mächte der Reihe nach den Schritt Frankreichs beim Kardinal Antonelli unterstützt und Noten ihrer Regierungen übergeben.

Der Papst habe die Kardinäle versammelt, um über das Memorandum zu berathen. Die Kardinäle hätten einstimmig erklärt, der Papst brauche dasselbe nicht dem Concil zu überreichen. Banneville hatte den Wunsch, daß es auch dem Concil überreicht werde, nicht mit Nachdruck ausgesprochen.

\* **London**, 28. April. Die „Morningpost“ verlangt, daß Athen und die festen Plätze Griechenlands zeitweilig durch fremde Truppen besetzt werden.



